Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1919

24.2.1919 (No. 47)

Visual Library

№ 47 Montag, den 24. Februar 1919 162. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 4 ℳ 75 ₰; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 4 ℳ 92 ₰ — Einzelnummer 10 ₰ — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 ₰ zuzüglich 30 % Teuerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Kundgebungen der vorläufigen Volksregierung.

Am Sonntag früh wurde die folgende Kundgebung der Regierung bekanntgegeben:

An das badische Volk!

Seit dem Tage der Revolution hat das badische Volk die Ordnung im Lande aufrecht erhalten. Die überwältigende Mehrheit des badischen Volkes will auch weiter Frieden und Ruhe. In Mannheim sind auf Betreiben spartakistischer und bolschewistischer Elemente Unruhen ausgebrochen, an denen unabhängige Sozialdemokraten sich beteiligt haben. Sie haben Gewalt gebraucht. Wir müssen das badische Volk vor einer Schreckensherrschaft, vor der Vergewaltigung durch eine kleine verbrecherische Minderheit schützen.

Die Badische vorläufige Volksregierung erklärt deshalb hiermit den

Belagerungszustand

über die Republik Baden.

Mit sofortiger Wirkung werden verboten:

1. **Alle Versammlungen.**
2. **Alle Menschenansammlungen auf Staßen und Plätzen.**
3. **Umzüge aller Art.**
4. **Das Tragen von Waffen durch Personen, die nicht von der Regierung oder ihren Behörden dazu ermächtigt sind.**
5. **Jede Verbreitung von Flugschriften und Handzetteln, sowie der Vertrieb von Zeitungen auf Straßen und Plätzen.**

Die Polizeistunde wird auf 7 Uhr festgesetzt, alle öffentlichen Lokale, Wirtschaften, Vergnügungsstätten, Theater, Lichtspielhallen und dergl. sind abends 7 Uhr zu schließen und dürfen vor morgens 9 Uhr nicht geöffnet werden. Der Straßenverkehr in den Städten ist von Abends 8 Uhr ab verboten, soweit nicht die Bezirksämter eine Ausnahme zulassen.

Die Beschränkungen der Strafprozeßordnungen hinsichtlich der Verhaftung, Beschlagnahme und Durchführung sind aufgehoben.

Die Organe der Regierung sind ermächtigt, jeden, der es unternimmt, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören oder den Bestand des Staates oder der gegenwärtigen Regierung zu gefährden, zu verhaften.

Mitbürger! Wir wissen, daß hinter diesen Anordnungen auch der Wille der Reichsregierung, des Reichspräsidenten Ebert, des Reichsministeriums Scheidemann steht. Wir wollen nicht Vorgänge wie im Ruhrgebiet, wie in München und Berlin erleben. Euere Einsicht soll dafür sorgen, daß in Baden kein Bruderblut fließt. Ihr versteht es, daß wir im Interesse der Ordnung und der Ruhe u. zur Erhaltnng der Errungenschaften des 9. November diese strengen Vorschriften erlassen müssen. Euere Vernunft und Euer kaltes Blut sorgen dafür, daß wir diese Bestimmungen bald wieder aufheben können.

Karlsruhe, den 22. Februar 1919.

Die Badische vorläufige Volksregierung.

Der Präsident:
Geiß.

Die Minister:
Dietrich, Dr. Haas, Martzloff, Marum, Rückert, Stockinger, Trunk, Dr. Wirth.

Im Zusammenhang mit dieser Bekanntmachung wurde der folgende Aufruf angeschlagen:

Mitbürger!

Die Erklärung des Belagerungszustandes für das ganze Gebiet der Republik Baden ist erfolgt, weil, wie einwandfrei festgestellt werden konnte, von langer Hand vorbereitet, auch in Baden die Räterepublik ausgerufen werden sollte. Spartakisten und ein Teil der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Mannheim haben im Anschluß an eine Protestversammlung gegen die politischen Morde in München unter Mißbrauch des guten Glaubens der Arbeiterschaft den Sturz der vorläufigen Volksregierung angekündigt. Die vorläufige Volksregierung und das badische Volk verurteilen diese Morde, auch den des Ministerpräsidenten Eisner, auf das schärfste.

Einem Demonstrationszug in Mannheim folgten Gewalttätigkeiten schlimmster Art. Die Gefängnisse wurden geöffnet, selbst für Schwerverbrecher. Die innere Einrichtung der Gerichte völlig demoliert und sämtliche Akten verbrannt. In einem Gefängnis wurde Brand gelegt. Diesen Gewalttätigkeiten folgten Plünderungen. Am Sonntag nachmittag wurde die sozialdemokratische „Volksstimme" durch Spartakisten mit Maschinengewehren gestürmt. Die Bevölkerung dieser Stadt befindet sich in Angst um ihre Sicherheit. Bis zur Stunde war die Regierung noch nicht in der Lage, diesen spartakistischen Umtrieben Einhalt zu gebieten.

Von Mannheim aus war angekündigt, am Sitze der Regierung den letzten Schritt zur Beseitigung derselben zu unternehmen. Konnte da die vorläufige Volksregierung tatenlos zusehen, oder war es nicht ihre heiligste Pflicht, durch energische Maßnahmen den drohenden Brand zu ersticken?

Mitbürger! Arbeiter! Beamte! Wer von Euch ruhig denkt und auf dem Boden der Demokratie sich bewegt, der wird zugeben, daß durch Gewaltakte, wie sie die Mannheimer Bevölkerung über sich ergehen lassen muß, das Wohl des gesamten Volkes schwer geschädigt wird.

Unsere Lebensmittelvorräte sind durch einen über vierjährigen Krieg völlig erschöpft. Bei der geringsten Störung der Volkswirtschaft ist die Ernährung des Volkes in Frage gestellt. Zu diesem Elend käme der finanzielle Bankerott des Staates.

Der Belagerungszustand wird selbstverständlich aufgehoben, sobald die Ruhe gewährleistet ist.

Einige Personen, die nach zuverlässigen Mitteilungen den Sturz der Regierung betrieben haben, mußten in Sicherheitshaft genommen werden. Ein Teil von ihnen war auch verantwortlich für ein Flugblatt, das vor der Verbreitung noch rechtzeitig beschlagnahmt wurde und das in unerhörter Weise die öffentliche Meinung irregeführt und die Ordnung gefährdet hätte. Nachdem sich die Verhafteten durch Handschlag den Beauftragten des Volksrats gegenüber verpflichtet hatten, keine Gewalt gegen die Regierung anzuwenden, wurden sie (Sonntagnachmittag 2 Uhr) freigelassen.

Das ist die Wahrheit! Alle Gerüchte, die darüber hinaus verbreitet worden sind, entbehren jeder Grundlage. Hätte die Regierung nicht rechtzeitig für vorbeugende Maßnahmen gesorgt, dann wäre die Spartakusherrschaft errichtet und der Ruin des Landes besiegelt gewesen.

Mitbürger! Die vorläufige Regierung ist fest entschlossen, weiterhin wachsam zu sein. Sie ist entschieden gegen jedes Blutvergießen, das vermieden werden wird, wenn alle Mitbürger die Anordnungen der Volksregierung befolgen. Ohne militärischen Schutz wäre die vorläufige Regierung machtlos und das Volk dem Terror ausgeliefert.

Neugierige! Meidet möglichst die Straßen, haltet Euch von Ansammlungen fern!

Mütter! Setzt Eure Kinder nicht der Gefahr aus!

Zucht und Ordnung allein nur kann das Volk von sicherem Untergang retten, Anarchie und Terror führen es ins tiefste Elend.

Mitbürger! Vergeßt nicht, daß im neuen demokratischen Staate die Soldaten unsere Brüder sind. Wenn diese uns helfen, die Ordnung aufrecht zu erhalten, dann erfüllen sie eine hohe Volkspflicht.

Karlsruhe, den 23. Februar 1919.

Die badische vorläufige Volksregierung.

Der Präsident:
Geiß.

Die Minister: Dietrich, Dr. Haas, Martzloff, Marum, Rückert, Trunk, Dr. Wirth, Stockinger.

Durch folgende dritte Veröffentlichung wurde sodann heute morgen die Aufhebung des Belagerungszstandes zur öffentlichen Kenntnis gebracht:

Aufhebung des Belagerungszustandes.

Nachdem der spartakistische Putsch auf Mannheim beschränkt blieb, wird der Belugerungszustand für die Republik Baden, mit Ausnahme der Stadt Mannheim, aufgehoben.

Karlsruhe, den 24. Februar 1919.

Badische vorläufige Volksregierung.

Geiß.

---

* Vom Tage.

(Die Ereignisse bei uns in Baden. Voller Sieg der Ordnungsgewalten.)

Am Samstag schrieben wir an dieser Stelle: „Wir werden der Spartakusleute nur Herr werden, wenn wir uns ihre Entschlossenheit und ihre Tatkraft zu eigen gemacht haben." Die badische Volksregierung hat sich die Tatkraft, die hier verlangt wird, im vollen Umfange zu eigen gemacht und ihr zudem jenes Maß von Umsicht und Kaltblütigkeit zugesellt, das für die Erzielung eines wirklichen durchschlagenden Erfolges notwendig ist.

Und der Erfolg ist infolgedessen auch nicht ausgeblieben. Dem energischen und zielbewußten Eingreifen der Regierung ist es gelungen, ein heftigeres Aufkommen und Umsichgreifen der spartakistischen Bewegung bei uns in Baden zu verhindern, die Ruhe im ganzen Lande — mit Ausnahme von Mannheim — aufrecht zu erhalten und so die Weiterführung der Regierungsgeschäfte im Sinne von Gesetz und Ordnung zu verbürgen. Wenn die Herren vom Spartakus gehofft haben, Baden durch einen Putsch in ihre Gewalt zu bringen, so haben sie sich bitter getäuscht. Unsere Bevölkerung will mit diesem Terrorismus nichts zu tun haben, und die Regierung war stark und entschlußkräftig genug, um diesem Willen wirkungsvollen Ausdruck durch die Tat zu verleihen.

Wir dürfen den Männern, die die badische Volksregierung bilden, für ihr energisches und umsichtiges Handeln von Herzen dankbar sein. Die Last der Arbeit und Verantwortung, die auf den Schultern dieser Männer ruht, ist schon an und für sich eine gewaltige. Zudem darf man nicht vergessen, daß auch in ihrer Brust ein deutsches Herz schlägt, das mit schmerzlicher Trauer den Zusammenbruch des Reiches und die Leiden unseres Volkes mitempfindet. Für Menschen, die ihr Vaterland lieben, ist die heutige Zeit eine furchtbare. Sie müssen alle Nerven zusammennehmen, sie müssen gleichsam die Zähne aufeinanderbeißen, um das Gefühl des bitteren Schmerzes überwinden und weiter ihre Pflicht für das große Ganze tun zu können. Und nun stürmt auf diese Männer, die in unserer Regierung mit treuem und redlichem Bemühen, mit Fleiß und mit Tatkraft des Landes Geschäfte besorgen, der grauenvolle Wahnsinn des Spartakismus ein. Hier den Kopf oben zu behalten, hier die Kaltblütigkeit und die Ruhe zu bewahren, hier die Kraft zu raschen, durchgreifenden Entschlüssen zu finden: das war eine Tat, der unser Dank und unsere Anerkennung sicher sind. Daß es notwendig war, sich nicht bloß der Flut entgegenzuwerfen, wenn sie dahinbraust, sondern sie von vornherein einzudämmen und so ihre vernichtende Wut von vornherein zu brechen, das scheint uns außerhalb jeder Debatte zu liegen. Die Regierung hätte leichtfertig gehandelt, wenn sie nicht rechtzeitig und mit aller Besonnenheit jede nur irgend mögliche Sicherheitsmaßregel getroffen hätte.

Unterstützt wurde die Regierung von der Beamtenschaft und von den militärischen Formationen. Glänzend hat sich das Bruchsaler Freiwilligen-Bataillon bewährt. Der Dank der badischen Bevölkerung gebührt in ganz besonderem Maße diesem Bataillon, in dem sich Manneszucht und Zuverlässigkeit, Schlagfertigkeit und Treue in so vorbildlicher Weise vereinigen. Aber auch die übrigen militärischen Formationen, die aufgeboten wurden, so die beiden Züge Artillerie (14er und 50er) und die Lahrer Jäger zu Pferde haben sich um die Aufrechterhaltung der Ordnung verdient gemacht; weiterhin die Volkswehr, die freiwillige Ordnungswehr der Studentenschaft und nicht zuletzt der Landesausschuß der Soldaten- und Volksräte, der sich in richtiger Erkenntnis der Sachlage und in treuer Hilfsbereitschaft hinter die Regierung stellte.

Weniger bewährt hat sich ein großer Teil unseres Bürgertums. Während die organisierte Arbeiterschaft sich gestern von den Straßen und Plätzen, von den Ansammlungen vor wichtigeren Gebäuden der Stadt im allgemeinen fernhielt, haben weite Kreise des Bürgertums, gut gekleidete Herren und Damen mit ihren Kindern, die Zahl der Neugierigen zu bedrohlicher Stärke anschwellen lassen. So war es oft nicht möglich, zu erkennen welches die eigentlichen Hetzer sind, und wieviel es sind, und es wäre kaum möglich gewesen, ihrer sofort habhaft zu werden, wenn man solches gewollt hätte. Wäre die Regierung gar gezwungen gewesen, auf die Putschisten feuern zu lassen, so hätte für die Neugierigen unabsehbares Un-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

glück entstehen können. Das Allerschlimmste aber war **die Beobachtung**, daß diese neugierigen Kreise keineswegs den Mut aufbrachten, den Schreiern und Hetzern entgegenzutreten, sondern daß sie — von einigen erfreulichen Ausnahmen abgesehen — das hetzerische Gebaren und die aufreizenden Reden der Agenten des Terrors mit einer nicht zu überbietenden Gleichgültigkeit und Trägheit aufnahmen. Auch für dieses Verhalten haben wir bereits am Samstag die rechte Kennzeichnung gefunden, indem wir sagten: „Die Bürgerschaft hält sich zurück. Man redet, man schimpft, man entrüstet sich, aber, wenn es zu handeln gilt, drückt man sich." Wenn alle diese guten Leutchen aber schon nicht den Mut zum Handeln besitzen, so sollten sie doch wenigstens ihrer Neugier und Sensationslust Zügel auferlegen und sich von allen Ansammlungen fern halten.

Der Belagerungszustand hat nur einen Tag gedauert. Er ist heute früh bereits wieder aufgehoben worden. Wir dürfen uns der Hoffnung hingeben, daß auch künftighin alle Versuche des Terrors, die Herrschaft an sich zu reißen und unser Volk zu knechten und auszusaugen, erfolglos bleiben werden. Wie es scheint, kehrt die Ruhe auch in Mannheim wieder ein. Höchste Zeit wäre es, da das Verbrechertum und der Janhagel sich dort in der brutalsten und viehischsten Weise ausgetobt haben. Die Nachrichten aus dem Reiche sind ebenfalls keineswegs entmutigend, wenn man wohl auch damit zu rechnen hat, daß in allernächster Zeit eine gewaltsame Auseinandersetzung mit dem in München und Nürnberg herrschenden, vom ganzen übrigen bayrischen Lande aber verabscheuten Terrorismus stattfinden wird. A.

Spartakistische Putschversuche in Baden.

* Von langer Hand vorbereitet, ist am Samstag von Spartakisten und Unabhängigen der Versuch unternommen worden, die badische vorläufige Volksregierung zu stürzen und in Baden die Spartakistenherrschaft aufzurichten. Den äußeren Anstoß zu dem von langer Hand vorbereiteten Umsturzversuch gab eine von der Kommunistenpartei in Mannheim veranstaltete Versammlung, in der der kommunistische Münchener Schriftsteller Erich Mühsam sprach und in der von den etwa 4000 Anwesenden die Veranstaltung einer Kundgebung zu Ehren Eisners beschlossen wurde. Diese Kundgebung fand später vor der Festhalle unter freiem Himmel statt. Vom Balkon der Festhalle aus wurden verschiedene Reden gehalten, in denen zur Ausrufung einer badischen Räterepublik nach bayerischem Muster aufgefordert wurde. Die Menge gab ihre Zustimmung kund. Es bildete sich ein **revolutionärer Rat**, in dem die Spartakisten und die Unabhängigen je ein Drittel der Sitze einnahmen; ein Drittel wurde den **Mehrheitssozialisten** angeboten, die **indessen ihre Beteiligung ablehnten.**

Im Anschluß an die Kundgebung zog die Menge mit flor-umwickelten oten Fahnen durch die Stadt zu den Gefängnissen und den Gerichten. In beiden Gefängnissen wurden **die Insassen, darunter schwere Verbrecher, freigelassen,** ferner wurde das **Landgericht und das Amtsgericht gestürmt, die innere Einrichtung demoliert und sämtliche Akten in sinnloser Weise verbrannt. In einem Gefängnis wurde Brand gelegt**; diesen Gewalttätigkeiten folgten **Plünderungen.** Das Nationaltheater wurde von den Spartakisten besetzt und geschlossen. **Samstag nacht nahmen die Spartakisten die sozialdemokratische „Volksstimme"**, am Sonntag morgen wurde das Gebäude von den **Mehrheitssozialisten wieder besetzt.** Nachmittags gelang es den **Spartakusleuten** nochmals, das Gebäude mit Maschinengewehren zu stürmen, doch wurden sie von den **Mehrheitssozialisten** wiederum daraus vertrieben. Nach den letzten Meldungen befindet es sich jetzt in den Händen der Spartakisten.

Um jedes weitere Umsichgreifen der von Mannheim ausgehenden Bewegung zu verhindern, hat die vorläufige Volksregierung den **Belagerungszustand über ganz Baden verhängt.** Noch am Samstag abend wurde das **Bruchsaler Freiwilligen-Bataillon** nach Karlsruhe befördert, auch Artillerie wurde beigezogen.

Die Landeszentrale und der Elferrat der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte sowie der **Landesausschuß der Soldatenräte** ließen eine **Proklamation**, in der sie vor einer zweiten Umwälzung warnen und erklären, daß sie sich mit allem Nachdruck gegen jeden Putschversuch stemmen, von welcher Seite er immer kommen möge. Auch die Vorstände der Zentrumspartei, der sozialdemokratischen und der deutsch-demokratischen Partei stellten sich in einer gemeinsamen Erklärung sofort **geschlossen hinter die vorläufige Volksregierung.**

Der **Aufruf der Landeszentrale** und des **Elferrats der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte** sowie des **Landesausschusses der Soldatenräte** hatte folgenden Wortlaut:

An das badische Volk!

Arbeiter- und Volksräte!

Gerechte Empörung über die Meuchelmorde in München erfüllt Euch, aber Erregung ist ein schlechter politischer Berater. Terroristische Elemente versuchen, diese Ereignisse mit reaktionären Bestrebungen in Zusammenhang zu bringen, um unter Umständen mit Gewaltmitteln einen neuen Umsturz hervorzurufen. Ungeahntes Elend für unser erschöpftes Volk wäre die Folge der **zweiten Umwälzung.** Auch die durch die Nationalversammlung gesicherten Erfolge der Revolution würden dadurch wieder in Frage gestellt, der völlige Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft und der Staatsbankerott unvermeidlich.

Das revolutionäre Proletariat steht im Verein mit den Soldaten seit Beginn der Revolution hinter der vorläufigen Volksregierung, die mit ihrer Autorität unsere Forderungen stützt.

Ein Teil der bürgerlichen Presse hat zwar durch eine zügellose Hetze gegen die Soldaten-, Arbeiter- und Volksräte und ohne sich über die Wirkung dieser Hetze im Klaren zu sein, die Stimmung geschaffen, aus der eine zweite Umwälzung herauswachsen könnte. Das Proletariat läßt sich aber nicht von seinem klar erkannten politischen Ziel abdrängen; es bleibt auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit und der Demokratie, auf dem allein nur die Früchte der Revolution heranreifen können.

Arbeiter, Beamte, Bauern, jetzt gilt es, unser bei Beginn der Revolution gegebenes Wort einzulösen, das heißt in ruhiger Arbeit den sozialistisch-demokratischen Volksstaat aufzubauen. Mit allem Nachdruck stemmen wir uns gegen jeden Putschversuch, von welcher Seite er immer kommen möge. Völliges Einverständnis zwischen den allein ausschlaggebenden Faktoren, Regierung und Landeszentrale der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte sowie dem **Landesausschuß der Soldatenräte** ist in **dieser Frage hergestellt.**

Seid ohne Sorge und im Geiste der Ordnung bereit, führt nur die von uns gegengezeichneten Befehle aus!

Für die Landeszentrale und den Elferrat der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte: Adam Remmele, Mannheim; Emil Maier, Heidelberg; Eduard Kluge, Pforzheim; K. Wehner, Mannheim; Dr. W. Seitz, Überlingen; F. Beurer, Konstanz; D. Mellert, Rastatt; Fritz Ebner, Freiburg; Martin Jost, Eberbach; G. Erb, Karlsruhe; L. Hammerschlag, Durlach.

Für den Landesausschuß der Soldatenräte: B. Gehry, Durlach; A. Wohlgemuth, Heidelberg; R. Matthes, Freiburg; E. Spindler, Durlach; E. Straub, Durlach.

Der erwähnte **Aufruf der Parteien** lautete:

Mitbürger! Die vorläufige Volksregierung war gezwungen, den Belagerungszustand zu erklären. Wir billigen diesen Schritt und stehen **geschlossen hinter der vorläufigen Volksregierung.** Von Euch allen in Stadt und Land erwarten wir das gleiche.

Namens der Zentrumspartei: Dr. Schofer; der Sozialdemokratischen Partei: Geiß; der Deutsch-Demokratischen Partei: Hummel.

Die Verhängung des Belagerungszustandes über das ganze Gebiet der Republik Baden erfolgte, weil einwandfrei festgestellt war, daß auch in Baden die Räterepublik ausgerufen werden sollte. Von Mannheim aus war angekündigt, in Karlsruhe den letzten Schritt zur Beseitigung der Regierung zu unternehmen. Mehrere **Führer der hiesigen Radikalen,** die zum Teil auch für ein Flugblatt verantwortlich waren, das die öffentliche Ordnung in schwerster Weise gefährdet hätte, indessen noch rechtzeitig beschlagnahmt werden konnte, wurden am Samstag abend **in Haft genommen.** Es waren: Dr. Bittel, Kruse, Jung, Friedrich, G. Dietrich und Klumpp.

Die Kundgebung der Regierung über die Verhängung des Belagerungszustandes wurde in Karlsruhe noch in der Nacht gedruckt und überall angeschlagen. Auf Anordnung der Regierung wurde in der Frühe des Sonntag der **Eisenbahnverkehr** von Karlsruhe nach Mannheim, von Karlsruhe nach Heidelberg und von Karlsruhe nach Bretten und Pforzheim gesperrt. Der drahtliche Verkehr nach Mannheim war seit Samstag abend bis heute früh ebenfalls unterbrochen.

In der Frühe des Sonntag patrouillierten Truppenteile im Stahlhelm durch die Stadt; neben ihnen versah wie üblich die Bürgerwehr den Ordnungsdienst. Am Vormittag sollte im Kolosseum eine Versammlung der Unabhängigen stattfinden, die aber infolge des Belagerungszustandes ausfallen mußte. Daraufhin zogen die Veranstalter zum Schloßplatz **vor das Ministerium des Innern,** um dort zu demonstrieren. Durch den Zustrom zahlreicher Neugieriger aus der Bürgerschaft, darunter bezeichnenderweise vieler Frauen, Schüler und Kinder, entstand alsbald eine große Ansammlung, in deren Mitte eine Anzahl von Agitatoren und Aufwieglern das große Wort führten und gegen die Regierung hetzten, leider, ohne daß ihnen aus der Mitte der besonnenen Elemente entgegengetreten wurde. Es war geradezu beschämend, wie die zum großen Teil halbwüchsigen Rowdies das Eingangstor belagern und ungehindert ihre Pöbelherrschaft ausüben konnten. So wurde ein Zug junger Freiwilliger, der zur Aufrechterhaltung der Ordnung zugezogen war, mit höhnischem Hallo empfangen und tätlich angegriffen. Einem Infanteristen wurde der Stahlhelm vom Kopf geschlagen und das Gewehr entrissen und in Stücke zerschlagen. Der Kommandeur der 109er, Oberstleutnant von Forstner, der sich in Uniform in das Ministerium begeben wollte, wurde mit seinem zweiten Offizier zur Umkehr gezwungen. Die Vorgänge standen naturgemäß in schärfstem Widerspruch zum Belagerungszustand, doch sah die Regierung, um Blutvergießen nach Möglichkeit zu vermeiden, davon ab, von den Waffen Gebrauch machen zu lassen. Zum Schutze der Regierung war das bereits erwähnte **Freiwilligenbataillon aus Bruchsal** im Ministerium zusammengezogen, dessen Disziplin sich den ganzen Tag über glänzend bewährte. Auch die herangezogene Artillerie, zwei Züge der 50er und 14er, verdiente für ihre treffliche Haltung vollste Anerkennung, ebenso eine Abteilung der Lahrer Jäger zu Pferde, die Freiwillige Ordnungswehr, einschließlich der Studentenwehr und die Volkswehr.

Im Laufe des Vormittags erschienen sodann **Kommissionen** der **Unabhängigen** und des **Volksrats,** um die Freigabe der Verhafteten zu verlangen; wobei sie versicherten, daß nur dadurch die Beunruhigung der Bevölkerung beseitigt werden könne. Daraufhin wurde durch die Beauftragten des Volksrats mit den Verhafteten verhandelt. Nachdem sie sich durch **Handschlag verpflichtet hatten, keine Gewalt gegen die Regierung anzuwenden,** wurden die **Verhafteten** um 2 Uhr nachmittags **freigegeben.** Auf weitere Vorstellungen der Beauftragten des Volksrats hin beschloß die Regierung, auch den **Belagerungszustand** mit Ausnahme von Mannheim am **Montag früh aufzuheben,** falls bis dahin keine Unruhen und Putschversuche vorkämen. Während der **Demonstrationen,** die sich bis zum Abend fortsetzten, kam es zur Zertrümmerung einiger Fensterscheiben, gegen Abend auch zu einigen Schreckschüssen, als ein Teil der Versammelten durch einzelne Fanatiker aufgehetzt, die Verproviantierung der Schutzwache unter Anwendung von Gewalt verhindern wollte.

Eine sehr **bedauerliche Erscheinung** bei den Karlsruher Vorgängen bildete das Verhalten der **vielen Neugierigen aus der Bürgerschaft,** die das Ganze als eine Art **Schaustück** ansahen und damit die skandalsüchtigen Elemente in ihrer Haltung noch unterstützten und der Regierung ihre ohnedies schwere Aufgabe noch erschwerten. Es scheint, daß gewissen sensationslüsternen Kreisen noch immer das Verständnis für den furchtbaren Ernst dieser Tage fehlt.

Im **Lande** ist der **Tag ruhig verlaufen.**

Der **Bahn- und Telegraphenverkehr** ist seit heute nacht wieder **aufgenommen.** Auch mit **Mannheim** ist der Verkehr wieder hergestellt. Ein Drahtbericht der „Bad. Pr." meldet, daß **in Mannheim** heute „vollkommen **Ruhe und Ordnung herrsche".** Es werde überall gearbeitet. Der Verkehr gehe in der gewohnten Weise weiter. Die Zeitungen, welche gestern zum Teil durch Spartakus besetzt waren, könnten seit heute früh wieder ungehindert erscheinen.

Politische Uebersicht

Die Friedenskonferenz.

* Echo de Paris meldet vom 23. Febr.: Zwischen **Clemenceau, Pichon, Balfour** und **Hughes** fanden **Besprechungen** statt, die darauf abzielten, so **rasch als möglich zu Friedenspräliminarien** zu gelangen. Die innere Lage Deutschlands wurde dabei sorgfältig geprüft. Man beschäftigte sich dabei vor allem mit der **Sicherheit Frankreichs** als dem nahen Nachbar Deutschlands und derjenige der Alliierten und faßte die Lösung wichtiger Fragen ins Auge. Nach demselben Blatte sind die Gerüchte über eine etwaige Vernichtung der deutschen Flotte nicht ernst zu nehmen. Leygues erklärte, daß er sich vollkommen einer solchen Vernichtung widersetzen würde. Frankreich mache Anspruch auf einen bedeutenden Teil der in den britischen Gewässern internierten Flotte.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

* In dem Bericht der Waffenstillstandskommission in Spaa vom 20. Februar heißt es: Leneral von Hammerstein legte feierlich **Protest** dagegen ein, daß deutsche **Kriegsgefangene** entgegen dem Völkerrecht im früheren Kriegsgebiet mit **dem Ausgraben von Blindgängern** beschäftigt werden. Der deutsche Vorsitzende machte General Nudant darauf aufmerksam, daß die **Polen ihre Angriffe in Polen fortsetzen.** General Nudant erwiderte, es befinde sich bereits eine Kommission der Alliierten in Warschau, die eine Einstellung der Feindseligkeiten veranlassen werde. Außerdem sei General **Dupont** vor 48 Stunden zu dem gleichen Zweck in Warschau eingetroffen.

Der Achtstundentag.

* Die Confederation Generale du Travail verlangt, wie aus Paris gemeldet wird, die **Einführung des Achtstundentages** und seine Festlegung auf der **Friedenskonferenz.**

Ausrufung der Räterepublik in Bayern.

* **Aus München wird vom Samstag gemeldet: Die Versammlung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte hat den Antrag auf Bewaffnung des Proletariats und auf die Gründung der Bayrischen Räterepublik einstimmig angenommen. Der Vorsitzende erklärte, daß diese von den Arbeitern aller sozialistischen Richtungen auf demokratischer Grundlage errichtet wird.**

Der Zentralrat der Republik Bayern hat nachstehende Bekanntmachung erlassen: Laut Beschluß des Zentralrates sind zum Schutze der Revolution bestimmte Persönlichkeiten als Geiseln in Schutzhaft genommen worden. Die Sicherheit der Verhafteten wird verbürgt, so lange kein Attentat aus konterrevolutionären Bestrebungen unternommen wird.

Die **folgenschwerste Maßnahme** der Männer, die das Heft jetzt in der Hand haben, ist lt. „B. Pr." die **Bewaffnung des Münchener Proletariats. Die Arbeitslosen** werden aufgefordert, sich gleichfalls in die revolutionäre Schutztruppe einreihen zu lassen. Demselben Blatt zufolge haben sich mit Ausnahme der Garnisonen München und Nürnberg die bayerischen **Truppenkontingente in der Provinz überall gegen die Münchener Räteregierung erklärt** und in Telegrammen an den Münchener Ausschuß die **Wiedereinberufung des Landtages gefordert. Die Garnisonen in Passau und Landshut** haben die Übernahme von Anordnungen und Verfügungen der **Münchener Diktaturregierung abgelehnt.** Die Garnison Regensburg hat dem Landtagspräsidenten die Stadt Regensburg als Tagungsort angeboten. Der Regierungspräsident der Oberpfalz hat die Durchführung der Verordnungen der Münchener Diktaturregierung verweigert. Auch die Regierung von Unterfranken hat sich auf den gleichen Standpunkt des Abwartens gestellt.

Die Opfer der Münchener Attentate.

* Das bayerische Ministerium des Äußern teilt mit: Entgegen umlaufenden Gerüchten, daß in München ein Blutbad angerichtet worden sei, wird festgestellt: **Kurt Eisner wurde von Graf Arco Valley ermordet, Minister Auer wurde im Landtag schwer verwundet, Abgeordneter Oesel ist tot, zwei Ministerialbeamte wurden ebenfalls verwundet. Minister Roßhaupter ist in Sicherheit.** Die Gerüchte, daß noch andere Personen getötet oder verwundet seien, sind unbegründet.

Der Generalstreik in Württemberg abgelehnt.

* Aus Stuttgart wird vom Sonntag gemeldet: In einer heute vormittag abgehaltenen Versammlung haben die Gewerkschaften den **Generalstreik einstimmig abgelehnt.**

Lärmszenen in der französischen Kammer.

* In der französischen Kammer kam es infolge der Erklärungen Renaudels, der geäußert hatte, die Reaktion wolle den Anschlag auf Clemenceau für sich ausnutzen, zu Lärmszenen. Pugliesi-Conti erging sich in Schimpfworten gegen Renaudel und mußte von den Parlamentsdienern verhindert werden, tätlich gegen Renaudel vorzugehen. Am Schlusse der langen Sitzung kam es nochmals zu einem Zwischenfall, weil Conti wiederum die heftigsten Anschuldigungen gegen die Sozialisten und Renaudel erhob. Die Stimmung wurde schließlich so erregt, daß ein allgemeines Handgemenge zu entstehen drohte und der Präsident die Sitzung aufheben mußte.

Badischer Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen 2c.

der etatmäßigen Beamten der

Gehaltstarifabteilungen H bis K

sowie

Ernennungen, Versetzungen 2c.

von nichtetatmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Innern.

— Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues. —

Wieder etatmäßig angestellt:

der zuruhegesetzte Bureauassistent Friedrich **Beck** bei der Wasser- und Straßenbauinspektion Karlsruhe.

Beamteneigenschaft verliehen:

dem Geometerkandidaten Alfred **Rinklef** bei dem Bezirksgeometer in Pforzheim und den Kulturaufsehern Heinrich **Käser** bei der Kulturinspektion Heidelberg und Wilhelm **Ihle** bei der Kulturinspektion Karlsruhe

Versetzt:

Geometer Erwin **Granget** in Heidelberg zum Vermessungstechnischen Bureau der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues,

Brückenwärter Wilhelm **Maier** in Diedesheim nach Neuenburg.

Entlassen:

die Landstraßenwärter: Emil **Metzler** in Geißlingen (auf Ansuchen), Joseph **Rock** in Häusern (wegen Kränklichkeit), Joseph **Wittenauer** im Rußbach (wegen Kränklichkeit) und Matthias **Zimmermann** in Todtmoos-Schwarzenbach (wegen Kränklichkeit).

Badische Landespolizeitruppe.

Befördert:

Char. Vizewachtmeister Wilhelm **Pfettscher** zum char. Wachtmeister.

Etatmäßig angestellt:

prov. Landesschutzmann Max **Kindler** in Neustadt.

Versetzt:

die Landesschutzmänner Emil **Werle** von Kehl nach Emmendingen, Otto **Hüttenrauch** von Karlsruhe nach Durlach, Georg **Gerber** von Karlsruhe nach Bruchsal, Karl **Bader** von Mannheim nach Schwetzingen,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wachtmeister Heinrich Reinhard von Offenburg nach Breisach, Vizewachtmeister Adolf Kaiser von Neuenburg nach Offenburg, Landesschutzmann Theodor Müller von Konstanz nach Singen.

In den Ruhestand getreten:

Vizewachtmeister Theobald Heitz in Ellmendingen, Vizewachtmeister Karl Isch in Mudau, Landesschutzmann Heinrich Schienbein in Heidelberg und Landesschutzmann Robert Hafner in St. Blasien.

Auf Ansuchen entlassen:

die Landesschutzmänner Johann Bär in Stockach, Karl Schurbis in Mosbach und prov. Landesschutzmann August Gogrof in Säckingen.

Gestorben:

Landesschutzmann Wilhelm Lenz in Adelsheim.

Aus dem Bereiche des Ministeriums der Finanzen.

Der Kanzleiassistent Adolf Egner bei der Generalintendanz der Zivilliste wurde zum Finanzministerium versetzt.

— Zoll- und Steuerverwaltung. —

Versetzt:

der Grenzaufseher Gottlieb Armbruster in Erzingen nach Weisweil,
der Zollaufseher Karl Philipp Ernst in Mannheim zur Abfertigungsstelle Mannheim-Rheinau,
die Grenzaufseher August Keller in Bühl nach Jüben, Edmund Meier in Murg nach Säckingen und Heinrich Ehmer in Stühlingen nach Erzingen,
der Steueraufseher Andres Belz in Gochsheim zum Hauptsteueramt Baden.

Etatmäßig angestellt:

die Grenzaufseher Reinhold Baier in Reichenau, Friedrich Storl in Aengen und Emil Schneble in Osteringen.

In den Ruhestand versetzt:

der Oberzollaufseher Bernhard Walz in Offenburg.

Enthoben auf Ansuchen:

der Steuererheber Jakob Ries in Bockenrot, unter Anerkennung seiner langjährigen, treugeleisteten Dienste und
der Steuererheber Franz Joseph Schneider in Schluttenbach auf 1. April d. J.

Gestorben:

am 11. Dezember 1918: der Steuererheber Georg Meßmer in Fischerbach,
am 26. Dezember 1918: der Oberzollaufseher Heinrich Bender in Karlsruhe,
am 23. Dezember 1918: der Steuererheber Paul Hezel in Neuhausen.

Aus dem Bereiche des Verkehrsministeriums.

— Staatseisenbahnverwaltung. —

Ernannt:

zum Lokomotivführer: Reserveführer Otto Müller in Freiburg;
zu Zugmeistern: die Schaffner: Georg Schell in Heidelberg, Christoph Fuchs in Karlsruhe, Franz Gißler in Offenburg, Robert Schäfle in Radolfzell;
zum Werkführer: Maschinenwärter Karl Gall in Karlsruhe;
zum Schaffner: Bremser Joseph Pfeifer in Offenburg.

Etatmäßig angestellt:

als Lokomotivheizer: Hermann Müller in Radolfzell, Heinrich Brodt in Bruchsal, Leonhard Hahn in Haltingen, Karl Trapp in Karlsruhe, Karl Kleinhans in Freiburg, Johannes Meister in Villingen, Adolf Greiner in Haltingen, Jakob Schellig in Heidelberg, Georg Menges in Heidelberg, Wilhelm Häberle in Karlsruhe, Bernhard Braun in Karlsruhe, Johann Moser in Hausach, Albert Fischer in Haltingen, Christian Rendler in Offenburg, Karl Freitag in Karlsruhe, Joseph Futterer in Karlsruhe, Alois Hofmann, in Lauda, Ludwig Schmitt in Heidelberg, Friedrich Debold in Freiburg, Jakob Gumbert in Freiburg, Christian Holzwarth in Karlsruhe, Wilhelm Lohr in Konstanz, Xaver Braun in Singen (Hohentwiel), Georg Busch in Heidelberg, Richard Christ in Offenburg, Friedrich Kern in Offenburg, Franz Streit in Offenburg, Fridolin Decker in Offenburg, Philipp Adelmann in Wertheim, Karl Obrecht in Offenburg, Joseph Hoferer in Offenburg, Eugen Aichem in Radolfzell, Markus Wiegele in Offenburg, Karl Benz in Karlsruhe, Friedrich Hügin in Haltingen, Joseph Beck in Karlsruhe, Karl Theurer in Karlsruhe, Karl Höll in Offenburg, Oskar Burgert in Offenburg, Heinrich Lechner in Karlsruhe, Rudolf Wacker in Karlsruhe, Ludwig Eckerle in Offenburg, Emil Raudascher in Offenburg, Hermann Siebler in Karlsruhe, Franz Ewadinger in Haltingen, Emil Link in Haltingen, Wilhelm Meyer in Offenburg, Franz Höpf in Offenburg, August Meier in Karlsruhe, Emil Stürzel in Offenburg, Matthäus Kropp in Bruchsal, Georg Weinacker in Offenburg, Friedrich Groß in Offenburg, Hermann Krus in Offenburg, Georg Kalt in Offenburg, Alfred Erbacher in Karlsruhe, Joseph Angel in Haltingen, Franz Fischer in Konstanz, Karl Beith in Lauda, Friedrich Schmider in Freiburg, Wilhelm Gutjahr in Freiburg, Adolf Lehmann in Karlsruhe, Karl Fritschl in Konstanz, Otto Brugger in Konstanz, Franz Geng in Freiburg, Wilhelm Zoller in Karlsruhe, Friedrich Binz in Freiburg, Ludwig Eble in Offenburg, Rudolf Buselmeier in Offenburg, Eugen Herrmann in Mannheim, Kamill Flüge in Offenburg, Karl Armbruster in Offenburg, Friedrich Ledermann in Freiburg, Eugen Herzog in Offenburg, Karl Fischer in Offenburg;

als Schaffner: Lokomotivheizer Georg Martin in Mannheim, Bremser Philipp Homm in Offenburg, Bremser Kornelius Ilg in Offenburg, Schaffner Ludwig Gruber in Mosbach, Schaffner Ludwig Stöffler in Bretten, Schaffner Franz Xaver Udri in Singen, Schaffner August Ried in Heidelberg;

als Drucker: Autur Knäsel in Karlsruhe;

als Maschinist: Ferdinand Rösch in Karlsruhe;

als Bahn- und Weichenwärter: Ferdinand Eßwein in Karlsdorf, Otto Wörner in Kork, Friedrich Häfner in Karlsruhe, Peter Brecht in Mannheim, Andreas Adler in Mannheim, Johann Rauser in Kleinlaufenburg, Adam Hillenbrand in Neckarelz, Joseph Hornung auf Wartst. 28 der Murgtalbahn;

als Bremser: Ernst Funk in Basel, Friedrich Gauther in Karlsruhe.

Den Kanzleigehilfinnen: Alberta Angstmann, Emilie Herold in Karlsruhe und Marie Klee in Karlsruhe wurden unter Belassung ihrer Amtsbezeichnung etatmäßige Amtsstellen von Schreibbeamten übertragen.

Vertragsmäßig aufgenommen:

als Lokomotivheizer: Karl Würzburger von Karlsruhe, Wilhelm Emmert von Vorbachzimmern, Joseph Leipert von Grötzingen, Julius Schäufele von Rintheim, Friedrich Kratt von Mannheim, Friedrich Faustmann von Neckarelz, Philipp Schöner von Königsbach, Karl Quast von Heidelberg, Ludwig Kunz von Bühl;

als Amtsdiener: Emil Gräfinger von Malsch.

Neue Steuerzuschläge für Einkommen und Vermögen.

* Zur Deckung der neuen einmaligen Zulage für die Staatsbeamten und Arbeiter, die einen Betrag von 11 620 000 M. erfordert, wird die Regierung der badischen Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach auf Einkommen von 2400 M. ab ein neuer Steuerzuschlag von 20 Prozent auf den Normalsteuersatz gelegt werden soll und die Vermögenssteuerpflichtigen von 5000 M. ab statt bisher 11 Pf. künftighin 13 Pf. von je 100 M. Vermögen zu entrichten haben. Durch diese neuen Zuschläge wird der Betrag von 11,5 Mill. M. eingebracht. Über die Deckung für den Zuschlag zur Kriegszulage, welche den Betrag von 14 650 000 M. erfordert, behält sich die Regierung ihre Vorschläge noch vor. In der letzten Sitzung des Haushaltausschusses der bad. Nationalversammlung wurden diese Mitteilungen eingehend besprochen. Von Regierungsseite wurde noch mitgeteilt, daß künftig Steuerhinterziehungen mit aller Strenge bestraft und der Gefahr der Abwanderung von Kapitalien nach Möglichkeit vorgebeugt wird. Ein Beschluß wurde vom Haushaltausschuß nicht gefaßt.

B.C. Lörrach, 23. Febr. Wie schlecht die Franzosen über die Geographie des Elsaß unterrichtet sind, zeigte ein Brief, der von der „Ligue Francaise" hier einlief. Darin wurde die Meinung vertreten, Lörrach sei eine elsässische Stadt und ihr die Bewunderung für ihre Treue zu Frankreich und ihre Tapferkeit in den Prüfungen ausgesprochen. — Tapfer hat sich Lörrach während des Krieges gehalten, aber als deutsche, als badische Stadt. Das mögen sich die Franzosen merken.

Badische Zeitungsstimmen.

Reich und Bundesstaaten.

Unter dieser Spitzmarke erhält die „Badische Landeszeitung" von besonderer Seite in Weimar eine Zuschrift, in der betont wird, daß der Entwurf des allgemeinen Teils einer Reichsverfassung den süddeutschen Wünschen nicht entgegenkomme, sondern im Gegenteil eine schärfere Zentralisation des Reichs erstrebe, indem er die bundesstaatlichen Regierungen bei der Mitwirkung in der Reichsgesetzgebung- und -Regierung ausschalte und andererseits Dinge in die Verwaltung des Reichs nehme, die bisher von den Gliedstaaten verwaltet wurden. Wenn es bislang gelungen sei, dem Anspruch, namentlich der süddeutschen Staaten, ein eigenes staatliches Dasein, stark Nachdruck zu verleihen, so sei das auf die Arbeit der in Betracht kommenden einzelstaatlichen Regierungen zurückzuführen. Die größeren Staaten müßten 1) wünschen, daß ihnen zunächst ihr eigens Tätigkeitsgebiet, und zwar uneingeschränkt, verbleibt; 2) daß ihnen die Möglichkeit bleibt, zur Verwaltung dieses Tätigkeitsgebietes die erforderlichen Mittel im Wege eigener Finanzgebarung aufzubringen. Beides sei aber gefährdet. Der Verfasser fährt dann fort:

„Das ureigenste Gebiet der Bundesstaaten ist die Lösung der Kulturaufgaben, die Obsorge für Schule und Kirche. Wenn der Entwurf hier auch nur vorsichtig die Gesetzgebung des Reichs in bescheidenem Umfang einschalten will, so heißt es doch für die Bundesstaaten, grundsätzlich Widerstand zu leisten. Ist einmal diese Domäne vom Reich ergriffen, so fällt nach und nach das wichtigste Gebiet, welches den Bundesstaaten bisher verblieben war, dem Reiche zu. Es sind Bestrebungen im Gange, die darauf abzielen, der Reichsgesetzgebung wenigstens den Erlaß allgemeiner Anordnungen für das Schulwesen zuzugestehen. In der Kirchengesetzgebung aber dürfen die überradikalen Strömungen im Reiche nicht maßgebend sein für die Ausgestaltung besonders in den maßvollen süddeutschen Staaten.

Was die Finanzen angeht, so wird das Reich sicherlich auf das Vermögen greifen. Es wird aber auch die Einkommen- und die Erbschaftssteuer für sich beanspruchen und endlich die Reservatrechte der Bundesstaaten auf dem Gebiete der Bier- und Branntweinbesteuerung nicht schonen wollen. Einen Ausgleich zu finden ist schwer, hoffentlich aber soweit möglich, daß die Bundesstaaten die Mittel aufbringen, ihre Kulturaufgaben zu erfüllen. U. E. sollte das Reich hauptsächlich beim Vermögen einsetzen, um den Bundesstaaten die Ausnützung der Einkommensteuer für ihre Zwecke nicht zu nehmen.

Es droht aber ein weiterer schwerer Eingriff in die Organisation der Bundesstaaten. Bis jetzt haben diese mit ihren Behörden die Reichsgesetze ausgeführt. Nunmehr will das Reich, besonders im Zoll- und Steuerwesen, auch die Verwaltung an sich ziehen, und das würde bedeuten, daß die jetzt vorhandenen Behörden der Bundesstaaten, welche dieses Gebiet für das Reich bearbeiten, durch Reichsbehörden ersetzt oder in solche umgewandelt werden. Dieses Vorhaben erscheint auch deswegen verkehrt, weil es dazu führen könnte, daß Reichsbehörden und bundesstaatliche Behörden überflüssigerweise nebeneinander hergehen.

Daß das Verkehrswesen, Eisenbahn und Post, ganz in die Hand des Reiches kommen soll, ist begreiflich, aber in den süddeutschen Staaten Bayern und Baden — Württemberg denkt hier aus finanziellen Gründen anders — wenig erwünscht. Bayern würde in diesem Falle seine gesamte Post- und Eisenbahnbeamtenschaft in Reichsbeamte umwandeln müssen, ebenso Württemberg, und Baden würde in der gleichen Lage sein mit dem Eisenbahnpersonal. Wir sind aber der Meinung, es müßte genügen, wenn die Reichseisenbahnen in der Weise lämen, daß eine zentrale Instanz Bau, Betrieb und Beamtenverhältnisse ordnet, daß im übrigen aber die Direktionen in den bisher selbständigen Eisenbahnstaaten in weitem Umfange, insbesondere in der Anstellung des Personals, in der Behandlung und Ausgestaltung des örtlichen Verkehrs selbständig bleiben. Wir wissen wohl, daß unsere Bevölkerung viel weitergehende Wünsche hat. Bei der Zusammensetzung der Nationalversammlung besteht aber die große Gefahr, daß lediglich aus dem Vereinheitlichungsgedanken heraus rücksichtslos über die berechtigten Wünsche der Eisenbahnstaaten und damit auch Badens hinweggeschritten wird. Das gilt es zu verhüten.

Im Heerwesen endlich muß der landsmannschaftliche Charakter der Truppen der Einzelstaaten gewahrt werden. Nach den Erfahrungen, die insbesondere die Badener im Kriege haben machen müssen, wird das künftige Reichswehrgesetz badischerseits dahin zu beeinflussen sein, daß Baden in der Besetzung des kommandierenden Generals einen gewissen Einfluß bekommt und daß dieser dann weitestgehend selbständig gemacht wird. Sodann muß ein Weg gefunden werden, daß in dem badischen Korps die Badener ausschließlich das Recht und die Pflicht haben, zu dienen, daß also insbesondere das Verbleiben der badischen Offiziere in Baden gewährleistet ist. Es darf nicht wieder zu den Zuständen kommen, wie sie im Kriege waren.

Eine recht bedenkliche Vorschrift findet sich im § 8 des Entwurfs, wonach die Reichsregierung die Landesregierungen, soweit sie Angelegenheiten des Reiches besorgen, überwachen will. Die Vorschrift, daß das Reich Landesbeamte, welche Reichsverordnungen oder Reichsanordnungen nicht ausführen, disziplinarisch bestrafen kann, ist gänzlich unhaltbar. Es kann sich nur darum handeln, zuzugestehen, daß Beauftragte des Reichs bei den obersten Landesbehörden Erhebungen machen und die Akten einsehen, nicht aber, daß sie den bundesstaatlichen Dienstbetrieb bis herunter zum letzten Beamten kontrollieren und sich darin einmischen dürfen. Solche Pläne, wie sie hier verfochten werden, decken sich schlecht mit dem Gedanken, daß die Staaten, die bisher den Bundesstaat Deutschland gebildet haben, überhaupt noch den Charakter als Staaten behalten sollen. Allerdings ist ihnen dieser in dem Verfassungsentwurf eigentlich schon dadurch genommen, daß ihnen nicht einmal die Aufstellung einer Verfassung freigestellt ist.

Wenn endlich der Entwurf versucht, eine Grundlage für die Zerschlagung Preußens zu schaffen, so setzt dieses dem ganzen Gedanken die Krone auf. . . Löst sich Preußen in Reichsprovinzen auf, so müssen selbstverständlich die bestehenbleibenden Bundesstaaten diesen Teilen des ehemaligen Preußens gleichgestellt werden, d. h. auch sie werden des Charakters als Bundesstaat entkleidet und als Provinz des neuen Reichs konstituiert.

Was die Entwicklung auch bringen mag, bis jetzt kann wenigstens das eine gesagt werden, daß in Weimar die Unitarier vorläufig nicht Sieger geblieben sind. Sie werden aber den Kampf noch nicht verloren geben."

Aus der Landeshauptstadt.

Die Wilddiebsräuble im Grossh. Wildpark.

* Die Wildbestände im Großherzoglichen Wildpark sind in den letzten Jahren etwa um ein Drittel zurückgegangen. Einesteils durch die große Futternot im Jahre 1916, andererseits dadurch, daß Großherzog Friedrich II. zahlreiche Hirsche, Rehe und Wildschweine abschießen ließ, um dann das Fleisch an die Lazarette zur Milderung der Fleischnot verteilen zu lassen.

Den empfindlichsten Eingriff in den Tierbestand des Wildparks stellten aber die Jagdfrevel dar, die eine ganze Reihe von Burschen aus Friedrichstal und Blankenloch im Laufe des Dezembers bis in die Mitte des Januar Tag für Tag daran verübten. Mit deutschen und französischen Militärgewehren schossen sie Hirsche, Rehe und Wildschweine zusammen, eine Anzahl der Tiere schossen sie auch nur an, so daß sie verluderten. So fand man die Kadaver von etwa 50 Hirschen und von 10 Wildschweinen. Wieviel Tiere die Gesellen gestohlen haben, konnte nicht festgestellt werden, doch vermutet man, daß sie sich täglich 18 bis 20 Stück aneigneten. Das Fleisch verkauften sie oder verwandten es für sich.

Im ersten Stadium der Untersuchung konnte die Gendarmerie noch für über 500 M. Fleisch beschlagnahmen, das dann von der Behörde veräußert wurde. Der Haupttäter konnte nicht mehr vor den Richter kommen, da er nach Festnahme seiner Genossen mit einem anderen Gesellen den Bürgermeister von Friedrichstal bedroht hatte, der ihm dann das Gewehr entriß und den Burschen damit tötete. Einer von den Wilderern wird voraussichtlich vor das Schwurgericht kommen, von den übrigen standen gestern 27 vor dem Schöffengericht. Dieses verurteilte den Zigarrenmacher Rudolf Maurer aus Friedichstal zu 6 Monaten Gefängnis, die übrigen Wilddiebe erhielten Gefängnisstrafen von mehreren Wochen oder Monaten.

Aus den Konzerten.

Aus den Konzerten der letzten Woche ist noch der Sonatenabend hervorzuheben, den Operndirektor Cortolezis und Konzertmeister Peischer im Eintrachtsaale gaben. Zum Vortrag gelangten dabei die drei Beethoven-Werke op. 12 Nr. 1, 2 und 3 für Klavier und Violine. Herr Cortolezis war naturgemäß der geistig führende der beiden Künstler. Er ist zwar auch heute noch kein „glänzender" Pianist; technische Geläufigkeit, Nüancierung des Anschlags, Erzielung spezifisch klaviermäßiger Wirkungen sind nicht seine Stärke. Die Kunst der dynamischen Übergänge fehlt ihm; sein Forte klingt manchmal übermäßig laut, sein Diminuendo wird manchmal zu einem unvermittelten Verstummen. Dafür weiß er aber den Sinn der Werke zu erfassen, die einzelnen Sätze klar und treffend zu zergliedern, temperamentvoll auszudeuten und das Ganze mit großzügiger Plastik sinnfällig vor dem Ohr des Hörers erstehen zu lassen. Da sich Herr Peischer mit Geschick und Geschmack in diese Art frischen und kernigen, zu Kopf und Herzen sprechenden Musizierens fand und sich dabei, wie mir scheinen wollte, noch mehr als sonst auf schöne Tonbildung, Wärme des Ausdrucks und rhythmischen Schwung seines Vortrags bedacht zeigte, wurde das Zusammenspiel der beiden Künstler zu einem Genuß nicht alltäglicher Art, der den zwei weiteren Beethovenabenden der beiden Konzertgeber mit Interesse entgegensehen läßt. E. R.

Staatsanzeiger.

Die badische vorläufige Volksregierung hat unterm 12. Februar d. J. den Anstaltsarzt Dr. Eduard Hummel an der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen zum Bezirksarzt in Neustadt ernannt.

Die badische vorläufige Volksregierung hat unterm 17. Februar d. J. beschlossen, den Notar Heinrich Meckel in Triberg in den Amtsgerichtsbezirk Waldkirch und den Notar Otto Gerner in Immendingen in den Amtsgerichtsbezirk Breisach in gleicher Eigenschaft zu versetzen.

Die vorläufige Volksregierung hat unterm 14. Februar d. J. beschlossen, den Gerichtsassessor Dr. Erich Freiherrn von Rosen aus Kostifer als Amtsanwalt etatmäßig anzustellen.

Die badische vorläufige Volksregierung hat mit Beschluß vom 4. Februar d. J. den Güterinspektor Emil Geiger in Konstanz auf Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste zuruhegesetzt.

Das Ministerium der Justiz hat den Amtsanwalt Dr. Freiherrn von Rosen der Staatsanwaltschaft Offenburg zugeteilt

Das Ministerium der Justiz hat dem Notar Heinrich Meckel das Notariat Waldkirch I und dem Notar Otto Gerner das Notariat Oberrotweil zugewiesen.

Der Verwaltungshof hat unterm 21. Dezember 1918 den Amtsaktuar Johann Rausch beim Bezirksamt Karlsruhe in gleicher Eigenschaft zur Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch versetzt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unterm 19. Dezember v. J. den Oberbausekretär Friedrich Misenta in Karlsruhe nach Offenburg versetzt.

Berichtigung.

Die Bekanntmachung vom 19. Februar 1919 wird dahingehend abgeändert, daß der Termin zur Meldung der Kriegsteilnehmer bei ihren früheren Arbeitgebern statt auf den 28. Februar 1919 auf den 23. Februar 1919 verlängert wird.

Karlsruhe, den 21. Februar 1919.

Ministerium für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen.
Ministerium für soziale Fürsorge.

Gestorben:

am 3. Februar d. J.: Weis, August, Oberstationskontrolleur in Oberkirch.

Bekanntmachung.

Die Bayr. Jugendfürsorge-Lotterie betr.

Dem Bayr.-Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder in München und dem Verein München Jugendheim wurde die Erlaubnis zum Vertrieb von 10 000 Losbriefen der von ihm veranstalteten Geldlotterie zum Zwecke der Errichtung bezw. Erweiterung von Jugendfürsorgeheimen im badischen Staatsgebiet unter den nachstehenden Bedingungen erteilt.

Die zum Vertrieb in Baden bestimmten Losbriefe müssen zuvor mit dem Stempel des Bad. Ministeriums des Innern versehen werden.

Die Losbriefe dürfen in Baden durch Ankündigung in badischen Zeitungen und in anderer Weise nur unter Angabe badischer Bezugsquellen angeboten werden.

Karlsruhe, den 22. Februar 1919.

Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Pfisterer. Mertz.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Am 21. Februar 1919 verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser Mitinhaber und Vorstandsmitglied

Herr Stadtrat

Otto Müller

Er war über 35 Jahre in unserer Firma tätig, an deren Aufblühen seine rastlose Mitarbeit großen Anteil hatte.

Sein Heimgang bedeutet für uns einen schweren Verlust und wir werden seiner stets in Liebe und mit aufrichtigen Dankbarkeit gedenken.

KARLSRUHE, den 24. Februar 1919.

Karlsruher
Parfümerie- und Toilettenseifenfabrik
F. Wolff & Sohn
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Handels-Hochschulkurse Karlsruhe.

Kurs 2 A. **Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft** wird wegen Ueberfüllung des Hörsaales bis auf Weiteres doppelt gelesen (Dienstag und Donnerstag im Aulabau).

Die Höhrer mit **geraden Nummern** der Hörerkarte werden gebeten, wenn möglich, **Dienstag** zu kommen, soweit sie nicht den Kurs über Warenherstellung besuchen.

Anmeldungen werden jetzt auch für Kurs 1 A und 2 A wieder angenommen. G59

Das Kuratorium.

Öffentl. Versammlung.

Am **Dienstag den 25. Februar, abends 8 Uhr** spricht Herr Oberbaurat **Dr. Fuchs**, Karlsruhe im **großen Rathaussaal** über

Bodenreform im neuen Volksstaat.

Männer und Frauen werden hierzu freundlichst eingeladen. Freier Eintritt! Freie Aussprache!

Bund deutscher Bodenreformer
Ortsgruppe Karlsruhe.

Schmuckstücke
mit feinen Brillanten, Perlen u. Farbsteinen, Perlkolliers, Altgold u. Silbergegenstände
kauft zu hohen Preisen
Heinrich Paar
Hofjuwelier, Karlsruhe, Kaiserstr. 78 am Marktplatz.

Soeben erschien:

Die Ausnutzung der Wasserkräfte des Oberrheins

Von

Dr. phil. Heinrich Dröse

Preis M 6.00

Das Buch will durch eine möglichst erschöpfende Darstellung aller Verhältnisse, die bei der Frage der Schiffbarmachung des Oberrheins und der Ausnutzung seiner Wasserkräfte zur Elektrizitätsgewinnung eine Rolle spielen, auch all der Streitpunkte, die in Betracht kommen, den Oberrheininteressenten ein Bild der Sachlage bieten, das ihnen die Urteilsbildung über das ganze Oberrheinproblem erleichtert. — Da mit der bloßen Gewinnung der Energie, vor allem in den gewaltigen Mengen, die am Oberrhein zur Verfügung stehen würden, nur erst ein Schritt zur Ausnutzung der Wasserkräfte getan wäre, so untersucht der Verfasser auch eingehend, welche praktische Verwendung die Elektrizität am Oberrhein finden könnte. — Als Interessenten kommen Staats- und Kommunalbehörden, Parlamentarier und Volkswirte sowie die Vertreter von Schiffahrt, Handel und Industrie (chemische, elektrische, holzverarbeit. Industrie und andere) in Betracht.

Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei Karlsruhe i. B.

Dresdner Bank
Aktienkapital: 200 Millionen M.
Reserven: 60 Millionen M.
Niederlassungen im Grossherzogtum Baden:
Mannheim :: Heidelberg
Freiburg i. B.
Sorgfältige Erledigung aller bankmässigen Geschäfte :-:
B. 579

Einschränkung der Ausgabe von Entlassungsanzügen.

Das Kriegsministerium hat angeordnet, daß die Anfertigung von Entlassungsanzügen zunächst bis 28. 2. 1919 einzustellen ist, um die für den Grenzschutz Ost benötigte Bekleidung sicher zu stellen.

Die Truppen- und Bezirkskommandos sind deshalb von hier aus angewiesen worden, Entlassungsanzüge bis auf weiteres im allgemeinen nur noch an die in die Schweiz und in das besetzte Gebiet entlassenen Mannschaften zu verabfolgen.

Die übrigen Mannschaften müssen im Interesse der Allgemeinheit ihre Ansprüche auf Verabfolgung und Umtausch eines Entlassungsanzuges zurückstellen.

Durlach, den 7. Februar 1919.

Generalkommando XIV. A.-K.
Der Chef des Stabes.
Gudowius, Major.
Landesausschuß badischer Soldatenräte.
Gehrt.

Badisches Landestheater.

Im Konzerthaus:

Montag, 24., statt Rigoletto: **Die fünf Frankfurter** 7 bis 9.20 Uhr

Dienstag, 25. (Die. 23.): **Rigoletto** 7 bis 9.25 Uhr

Taschenuhren
wenn auch reparaturbedürftig, werden stets **angekauft** in F988
Weintraubs
An- und Verkaufsgeschäft, Kronenstraße 52.

Bei Kesselbesitzern gut eingeführte
Vertreter
von bedeutender Fabrik von Kesselhauskontrollapparaten gesucht. Angebot unter Z.49 an die Expedition d. Karlsr. Ztg.

Zu **kaufen** oder zu **mieten** gesucht wird bess.
Ein- oder Zwei-Familien-Haus
von 10—13 Räumen, oder entsprechende **Etage** in größerem Wohnhaus, beziehbar zum 1. April oder später, in guter Wohnlage, ev. auch in unmittelb. Vorort, für dauernden Ruhesitz. Elektr. Licht, Wasserleitung, Klosettspülung u. Kochgas Bedingung; Zentralheizung, kl. Garten u. Hühnerhof erwünscht. Angebote mit Preisangabe u. Einzelh. über Lage und Ausstattung, möglichst auch Grundriß unter G. 37 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Grundbuchamts-Sekretär.

Beim **Grundbuchamt Mannheim** ist eine

Sekretärstelle

alsbald zu besetzen. Bewerber, welche die Gerichtsschreiberprüfung mit gutem Erfolg abgelegt haben und bei einem Grundbuchamt oder Notariat beschäftigt waren, wollen ihre Meldung mit Lebenslauf und Angabe der Gehaltsansprüche **binnen einer Woche** beim **Grundbuchamt** einreichen. G5.7.2

Mannheim, 21. Febr. 1919
Grundbuchamt 1.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

Z.918. **Säckingen.** Über das Vermögen der **„Weberei Gesellschaft mit beschränkter Haftung"** mit dem Sitz in Hof-Säckingen wurde heute am 21. Februar 1919, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die Gesellschaft die Zahlung en eingestellt und der Geschäftsführer und Gesellschafter Arthur Marthaler in Zürich den Konkurs beantragt hat.

Der Rechtsanwalt Dr. Wintermantel in Säckingen ist zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 14. März 1919 bei dem Amtsgericht Säckingen anzumelden.

Es ist zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf:

Freitag, 21. März 1919, vormittags 11 Uhr,

vor dem Amtsgericht Säckingen Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 14. März 1919 Anzeige zu machen.

Säckingen, den 21. Februar 1919.
Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.

Verschiedene Bekanntmachungen.

Die Besetzung des 2. städt. Kehrbezirks in Freiburg betr.

Nachdem der Inhaber d. 2. städt. Kehrbezirks, Kaminfegermeister Emil Weber in Freiburg, durch rechtskräftige Entschließung des Bezirksrats vom 24. Okt. 1918 den 4. städt. Kehrbezirk übertragen erhalten hat, ist der 2. städt. Kehrbezirk neu zu besetzen.

Der Bezirk umfaßt nach der durch Erlaß des Ministeriums des Innern vom 25. Okt. 1911 Nr. 46 649 angeordneten Neueinteilung, deren Änderung jedoch vorbehalten bleibt, den Häuserblock, der begrenzt wird durch die Südseite der Ludwigstraße und deren Luftlinienverlängerung gegen den Schloßberg, die Ostseite der Kaiserstraße, die Dreisam, die Westseite der Schwabentorstraße, Nordseite des Weges Hinter dem Schwabentorplatz - Augustinerweg und dessen Luftlinienfortsetzung am Fuße d. Schloßberg entlang.

Bewerbungen um diese Stelle sind bei uns längstens **binnen sechs Wochen** einzureichen. Hierbei sind Namen-, Geburts- und Wohnort, Alter, Familienverhältnisse, Vorbildung u. seitherige Tätigkeit wahrheitsgetreu anzugeben.

Der Bewerbung ist beizulegen:

1. Eine bezirksamtliche Beurkundung über die Aufnahme unter die für eine Kaminfegerstelle befähigten Personen auf Grund abgelegter Prüfung.
2. Ein Zeugnis der Ortspolizeibehörde des seitherigen Wohnorts bzw. wenn der Bewerber nicht schon längere Zeit an diesem Orte anwesend ist, des früheren Wohn- u. Aufenthaltsortes über den Besitz eines guten Leumunds, sowie beglaub. Zeugnisse über die seitherige Beschäftigung.
3. Ein Zeugnis eines Staatsarztes über eine zur Ausübung des Kaminfegergewerbes befähigte rüstige Körperbeschaffenheit. Z.915

Freiburg, 18. Febr. 1919
Bad. Bezirksamt.

Ausführung der Erd-, Böschungs- und Pflasterarbeiten, der Entwässerungsanlagen, der Straßenfahrbahn u. der Gleisbauarbeiten für die Erweiterung der Station Neudingen bei Einführung des II. Gleises zusammen zu vergeben. Erdbewegung 1450 cbm; Reinplanieren 5800 qm; Böschungsflächen 1800 qm; Sicerungen 1700 qm; Rinnenpflaster 300 qm; Straßenfahrbahn 4900 qm; Gestück 1800 qm; Abbrechen von Gleisen 700 m; Aufmontieren u. Einlegen von Gleisen 800 m; Abbrechen von 5 Weichen, Aufmontieren und Einlegen von 7 Weichen, samt den zugehörigen Nebenarbeiten. Ferner Ausführung der Gleisbauarbeiten auf der freien Strecke Pfohren-Neudingen, Verschieben u. Höherlegen von 1100 m Gleis, Aufmontieren und Einlegen von 3000 m neuem Gleis, samt den zugehörigen Nebenarbeiten. Bedingungen und Zeichnungen auf unserer Kanzlei zur Einsicht, wo auch, solange Vorrat, Angebotsbogen abgegeben werden. Angebote mit Aufschrift spätestens bis **Donnerstag den 13. März, nachmittags 4 Uhr**, verschlossen und postfrei einzureichen.

Villingen, 20. Febr. 1919.
Bahnbauinspektion.

Ausführung der Erd-, Böschungs- und Pflasterarbeiten, der Entwässerungsanlage, der Straßenfahrbahn und der Gleisbauarbeiten für die Abänderung und Erweiterung der Station Grüningen km 93,7—94,825 der Schwarzwaldbahn bei Einführung des 2. Gleises, zusammen an einen Unternehmer zu vergeben. Erdbewegung 2250 cbm, Planieren 5000 qm, Sickerungen 500 m, Böschungsflächen 2000 qm, Pflaster 100 qm, Straßenfahrbahn 2300 qm, Abbrechen von Gleisen 800 m, Einlegen von Gleisen 1800 m, Abbrechen von 5 Weichen, Einbauen von 9 Weichen samt den zugehörigen Nebenarbeiten. Ferner Herstellung des 2. Gleises auf der freien Strecke Klengen-Grüningen km 91,8 bis 93,7 der Schwarzwaldbahn sowie der Zufahrtsrampen für die Straßenüberführung km 91,6 auf Station Klengen, Erdbewegung 6800 cbm, Planieren 10 000 qm, Böschungsflächen 9000 qm, Sickerungen 1000 m, Halbrinnen aus Zement 550 m, Rinnenpflaster 300 qm, Straßengestück 3600 qm, Straßenfahrbahn 4400 qm, Stützmauer aus Beton 56 cbm, Gleislegen 1900 m, samt den zugehörigen Nebenarbeiten. Bedingungen und Zeichnungen auf unserer Kanzlei zur Einsicht, wo, so lange Vorrat, Angebotsbogen abgegeben werden. Angebote mit Aufschrift bis **Dienstag, den 18. März, nachmittags 4 Uhr**, verschlossen u. portofrei einzusenden. Z.916 2.1

Villingen, 21. Febr. 1919
Bahnbauinspektion.

Nutzholzversteigerung

des bad. **Forstamts Graben** in **Bruchsal** am
Montag, den 3. März 1919, vorm. 9 Uhr,
im Gasth. zum „Wolf" in **Bruchsal** aus Domänenwald Distr. III Büchenauerhard Abtlgn. 2, 3, 10, 11, 14, 22, 23 u. Distr. II Kammerforst Abtlgn. 16, 18, 19, 22, 23:

255 Rotbuchen, 145 Hainbuchen, 567 Eichen, 141 Eschen, 408 Erlen, 2 Rot-, 2 Weißruschen, 3 Akazien, 1 Birke, 2 Linden, 2 Pappeln, 254 Forlen; ferner 3 Ster rotbuch., 14 Ster hainbuch., 69 Ster eich., 12 Ster eschen., 50 Ster erln., 2 Ster rotbuchenes Nutzschichtholz. Z.917

Auszüge auf Verlangen durch das Forstamt, wo die Listen zur Einsicht aufliegen.

Die Forstwarte A. Geißler (III 14, 22, 23) und J. Weih (III, 2, 3, 10, 11) beide in Büchenau, G. Heneka in Neuthard (II, 16, 18, 19) und J. Heil in Neudorf (II, 22 u. 23) zeigen das Holz.

ORIGINAL-GRAPHIK.
Künstlerischer Wandbilderschmuck. Einrahmungen.
E. Büchle Inh.: W. Bertsch
Kunst-Handlung und Rahmen-Fabrik
Kaiserstrasse 128, zwischen Wald- und Karlstrasse.